



# NFP 51 Integration und Ausschluss

Bulletin Nr. 5, Juli 2007

[www.nfp51.ch](http://www.nfp51.ch)

## Schwerpunkt

### «Einwanderungsland Schweiz» – Ausgangspunkt für viele Forschungsfragen

Beim NFP-51-Titel «Integration und Ausschluss» denken viele zuerst einmal an Fragen des Zusammenlebens von In- und Ausländern, von «Einheimischen» und «Fremden». In der Tat ist die Frage des Funktionierens von Migrationsgesellschaften einer der zentralen Aspekte des Programms. Obwohl auch die Schweiz immer stärker zu einer Einwanderungsgesellschaft wird, akzeptieren wir dies bisher nicht wirklich als grundlegende Gegebenheit. Daher fehlt eine kohärente Migrations- und Integrationspolitik, die langfristige Perspektiven eröffnet und sich nicht auf blosser Symptombekämpfung beschränkt, wo es gerade opportun erscheint.

Wie unterschiedlich die Bereiche sind, in denen Fragen der Migration eine wichtige Rolle spielen, zeigen unsere Forschungsprojekte: Da geht es etwa um die Geschichte des Bürgerrechts, die zeigt, dass die Einbürgerungspolitik immer wieder als Mittel eingesetzt wird, um gesellschaftlich-politische Interessenkonflikte auszutragen und Normen durchzusetzen. Der Zugang von Ausländern/-innen zu Sozialleistungen wird im Rahmen des NFP 51 ebenso untersucht wie die Rolle von Ausländern/-innen im geschlossenen Strafvollzug, die Mediation als neue Konfliktlösungsstrategie ebenso wie die Nutzung des öffentlichen Raums, mediale Bilder der «Fremden» ebenso wie die Lehrstellenproblematik.

Prof. Walter Leimgruber  
Mitglied der Leitungsgruppe des NFP 51  
und Leiter des Seminars für  
Kulturwissenschaft und Europäische  
Ethnologie der Universität Basel



Viele Projekte sind zu einer zentralen Erkenntnis gelangt: Es kann nicht um Lösungen für die Ausländer/-innen gehen, genauso wenig wie diese Gruppe generell als schlecht integriert, als ausgeschlossen oder als Problemverursacherin gesehen werden kann. So kommt eine Untersuchung über die selbstständige Erwerbstätigkeit von Migranten/-innen zu sehr differenzierten Ergebnissen: Es zeigen sich nämlich unterschiedliche Muster von ökonomischer Selbstständigkeit und Integrations- bzw. Ausschlussprozessen je nach Einwanderungszeitpunkt, Dauer des Aufenthaltes in der Schweiz, Alter der entsprechenden «Community», den Einwanderungsmotiven und strukturellen Merkmalen der Migranten/-innen. Bei allen aber ist eine grosse Bedeutung schweizerischer Ressourcen für den Schritt in die Selbstständigkeit erkennbar, während so genannte ethnische Ressourcen nur eine relativ geringe Rolle spielen. Das überrascht und steht im Widerspruch zu Forschungsergebnissen aus anderen Ländern. In der Schweiz existiert offensichtlich keine «ethnische Ökonomie» wie etwa in Kanada oder in den USA. Die selbstständig erwerbstätigen Migranten/-innen nehmen zudem eine wichtige Rolle im Integrationsprozess ihrer Landsleute, eine Art «Scharnierfunktion», ein, die wenig gewürdigt und noch weniger gefördert wird.

Ein weiteres Projekt zeigt, dass wir kaum wahrnehmen, wie gut viele eingewanderte Frauen beruflich qualifiziert sind. Das falsche Bild von schlecht ausgebildeten Frauen, aber auch traditionelle Rollenerwartungen und gesetzliche Bestimmungen erschweren es den Migrantinnen, eine ihrem Ausbildungsniveau adäquate Beschäftigung zu finden. Dies beeinträchtigt nicht nur die Perspektiven der Betroffenen, sondern führt auch dazu, dass wertvolle Ressourcen von Wirtschaft und Gesellschaft nicht genutzt werden.

Die Leitungsgruppe des NFP 51 geht davon aus, dass Fragen der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund nicht isoliert betrachtet und bearbeitet werden können, weil sie auf vielfältige Art und Weise mit praktisch allen Bereichen der Gesellschaft und der Politik verbunden sind. Nur wenn die daraus resultierenden Wechselwirkungen berücksichtigt werden, lassen sich sinnvolle Perspektiven und längerfristig Erfolg versprechende Lösungsansätze entwickeln.

Es gibt weniger eine «Ausländerfrage», wie das politisch manchmal vereinfachend behauptet wird, als vielmehr viele Fragen, die auch Migration, staatliche Zugehörigkeit und kulturellen Hintergrund betreffen. Die NFP-51-Projekte tragen nicht nur dazu bei, diese Probleme sichtbar zu machen, sondern präsentieren auch ganz konkrete Verbesserungsvorschläge.

## Präsentation der Resultate von zwei migrationsspezifischen Forschungsprojekten des NFP 51

### Soziale Integration und Ausschluss von gut ausgebildeten Migrantinnen in der Schweiz

*Die gegenwärtige Migrationspolitik bevorzugt qualifizierte Personen in der Annahme, dass diese sich, weil sie gut ausgebildet sind, problemlos integrieren können. Wir wissen allerdings noch wenig über die berufliche Situation gut ausgebildeter Migrantinnen und Migranten in der Schweiz, und es besteht dringender Forschungsbedarf hinsichtlich der sozioökonomischen Integrationsmöglichkeiten dieser Personen und der Frage, wie sich diese Möglichkeiten nach Geschlecht und Herkunft unterscheiden. Unser Forschungsprojekt geht der Frage nach, inwiefern ein hohes Bildungsniveau eingewanderten Migrantinnen aus Ländern ausserhalb der EU ermöglicht, eine adäquate Arbeit zu bekommen.*

#### Zusammenfassung

Unter den in die Schweiz Einwandernden, insbesondere jenen aus Ländern ausserhalb der Europäischen Union, sind zunehmend mehr Frauen als Männer. So waren zum Beispiel 1980 von den Personen, die aus Lateinamerika in die Schweiz kamen, 48% Frauen. Dieser Prozentsatz stieg auf 65% im Jahr 2005 an. Immer mehr gut ausgebildete Frauen aus Nicht-EU-Ländern reisen in die Schweiz ein: 40% der berufstätigen Frauen ohne Schweizer Pass aus Ländern ausserhalb Europas verfügen über eine universitäre Ausbildung.

Drei Hauptfragen wurden in diesem Forschungsprojekt untersucht: (a) Welche Prozesse führen zur Integration oder zum Ausschluss von gut ausgebildeten Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt? (b) Welche Rolle spielen dabei Geschlecht und Ethnizität? (c) Welche Strategien entwickeln Migrantinnen, um sich sozioökonomisch zu integrieren? Die Studie wurde mit 56 Migrantinnen aus Ländern ausserhalb der Europäischen Union durchgeführt, welche sich nach nationaler Herkunft (Länder Lateinamerikas, des Nahen und Mittleren Ostens sowie Südosteuropas) und religiösem Hintergrund (christlich, muslimisch) unterscheiden. Berücksichtigt wurden sowohl qualifizierte (abgeschlossene Ausbildung auf Sekundarstufe II) als auch hochqualifizierte Migrantinnen (abgeschlossenes Universitätsstudium oder äquivalentes Diplom).

Bei der Betrachtung der Arbeitsmarktpartizipation der befragten gut ausgebildeten Migrantinnen fällt auf, dass es lediglich 10 von 57 Frauen gelang, eine unbefristete Arbeitsstelle zu erhalten, die ihren Qualifikationen entspricht. Ein Drittel der Studienteilnehmerinnen ist überhaupt nicht in den Arbeitsmarkt integriert. Die restlichen Frauen – knapp die Hälfte – sind entweder unter ihrer Qualifikation oder in instabilen Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Daraus kann geschlossen werden, dass die Mehrheit der Studienteilnehmerinnen (82%) ihre Bildungsressourcen nicht einsetzen kann, um eine berufliche Position zu erlangen, die ihren Fähigkeiten entspricht und längerfristig gesichert ist. Dies, obwohl die Studienteilnehmerinnen über eine sehr gute Ausbildung und internationale Berufserfahrung verfügen und der deutschen Sprache mächtig sind. Die Europäische Arbeitskräfteerhebung von 2004 erbrachte vergleichbare Resultate bezüglich der Überqualifizierung von Nicht-EU-Migrantinnen in der Schweiz.

Die Benachteiligung von Migrantinnen aus nichteuropäischen Ländern kann auf die Verschränkung von Diskursen über Geschlechterrollen und Ethnizität zurückgeführt werden. Damit verbundene institutionalisierte Praxen führen zu Ungleichheiten bei der Teilhabe am Arbeitsmarkt. Auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich der Einfluss ethnizierender Vorstellungen in Anstellungs- und Anerkennungspraxen. Beispiele sind die oft fehlende Anerkennung von nicht-europäischen Diplomen und die Unterbewertung persönlicher Ressourcen von Nicht-EU-Migrantinnen. Ferner kann auf dem Arbeitsmarkt das Zusammenwirken ethnizierter Vorurteile mit Geschlechterstereotypen bezüglich technischer Fähigkeiten beobachtet werden. Migrantinnen werden auch in integrationspolitischen Konzepten grundsätzlich als Hausfrauen und Mütter wahrgenommen – und nicht als Erwerbstätige (siehe bspw. Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern, VintA). Ausserdem sind Integrationspolitik und -projekte schwerwichtig auf beruflich gering qualifizierte Migrantinnen mit mangelhaften Deutschkenntnissen und wenig Lernerfahrungen ausgerichtet.

Qualifizierte Migrantinnen sind nicht nur mit Barrieren konfrontiert, wenn sie ihrer Ausbildung gemäss in der Schweiz arbeiten wollen, sondern darüber hinaus mit Dequalifizierung, mit der Bedrohung ihres Selbstwertgefühls und der Einschränkung ihrer Autonomie. Migration bedeutet deshalb für diese Frauen keine Verbesserung, sondern eine schwere Einbusse oder sogar einen Verlust ihres professionellen Status. Länder ausserhalb Europas verlieren durch die Migration gut ausgebildeter Migrantinnen wichtige Ressourcen (Brain Drain), während diese Frauen in der Schweiz kaum die Möglichkeit haben, ihr kulturelles Kapital zu entfalten (Brain Waste).

Migrantinnen reagieren jedoch nicht bloss passiv auf diese ungünstigen Umstände des Arbeitsmarkts. Die Studie macht deutlich, dass Migrantinnen zahlreiche Strategien mobilisieren, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Ihre Antworten auf die Herausforderungen reichen von Requalifizierung und Aufbau von neuen Beziehungen über Verrichtung unqualifizierter Arbeit bis zur Aufnahme unbezahlter, freiwilliger Tätigkeiten in sozialen und politischen Institutionen. Freiwillige, meist unbezahlte soziale und politische Arbeit bezeichnen Migrantinnen als von zentraler Bedeutung für ihr Wohlergehen. Einerseits ermöglicht eine solche Arbeit Aktivitäten ausserhalb des privaten Raumes der Haus- und Familienarbeit und andererseits kann sie aus der Sicht der Frauen ein Weg zur Anwendung der beruflichen Qualifikationen bzw. ein wichtiger Schritt in Richtung bezahlter Anstellung sein.

Eine den Qualifikationen entsprechende Integration in den Arbeitsmarkt ist sowohl Ziel der Migrantinnen als auch der gegenwärtigen Migrationspolitik. Notwendig sind nach unserer Studie neben Anpassungen der migrationspolitischen Rahmenbedingungen Massnahmen im Bereich Bildung und Kommunikation, die der Entwertung des kulturellen Kapitals gut ausgebildeter Migrantinnen entgegenwirken. Im Sinne von «Brücken bauen» sind Interventionen erforderlich, die geschlechts- und ethnizitätsbezogene Vorurteile abbauen. Schliesslich brauchen Migrantinnen auch im Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen Unterstützung, um einen möglichst uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten.

#### **Projektverantwortliche**

Dr. Yvonne Riaño  
Geographisches Institut, Universität Bern  
Hallerstrasse 12, 3012 Bern  
Tel. +41 (0)31 631 88 64, riano@giub.unibe.ch

Prof. Doris Wastl-Walter  
Geographisches Institut, Universität Bern  
Hallerstrasse 12, 3012 Bern  
Tel. +41 (0)31 631 80 16, dwastl@giub.unibe.ch

lic. phil. Nadia Baghdadi  
Geographisches Institut, Universität Bern  
Hallerstrasse 12, 3012 Bern  
baghdadi@giub.unibe.ch

## **Der Weg zur Integration? Die Rolle der selbstständigen Erwerbstätigkeit von Migrantinnen und Migranten in der Schweiz (Ethnic Business)**

*Die Förderung der selbstständigen Erwerbstätigkeit gilt als eine mögliche Massnahme gegen die relativ hohe Arbeitslosigkeit von Migrantinnen/-innen in der Schweiz. Gleichzeitig hat in den letzten Jahren die selbstständige Erwerbstätigkeit von Migrantinnen/-innen zugenommen. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist in der Schweiz wenig bekannt über Unternehmen, die von Personen ausländischer Herkunft geführt werden.*

### **Zusammenfassung**

Untersucht wurde, inwiefern die selbstständige Erwerbstätigkeit von Migrantinnen/-innen Integrations- bzw. Ausschlussprozesse befördert oder behindert. Das Forschungsinteresse galt zwei zentralen Fragen: Erstens ging es darum, die Gründe, die zur Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit führen, zu analysieren. Sind es Ausschlussprozesse (z.B. ökonomische), die zu einer Unternehmensgründung führen, oder handelt es sich um einen Ausdruck sozialer Integration, welcher es ermöglicht, die vorhandenen Möglichkeiten zum eigenen Vorteil zu nutzen? Zweitens wurde untersucht, welche Folgen sich aus der Gründung eines eigenen Unternehmens für die Betroffenen und ihr Umfeld ergeben. Kann eine Unternehmensgründung Integrationsprozesse initiieren, und wenn ja, wie verlaufen diese? Da angenommen wurde, dass sowohl geschlechtsspezifische als auch generationenspezifische Unterschiede in Bezug auf Integrationsprozesse bestehen, sind diese beiden Aspekte vertieft untersucht worden.

Das Forschungsvorhaben verknüpfte quantitative und qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung, wobei drei unterschiedliche, sich ergänzende Verfahren der Datenerhebung und der Datenanalyse gewählt wurden (statistische Auswertung der Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 2003; biografische Interviews, Netzwerkanalysen).

Die Auswertung der statistischen Daten zeigt drei unterschiedliche Muster von Zusammenhängen zwischen ökonomischer Selbstständigkeit und Integrations- bzw. Ausschlussprozessen. Bei Migrantinnen/-innen aus Südeuropa dominiert das Muster der Selbstständigkeit als Weg zur Integration, bei Personen aus osteuropäischen Ländern

als Segregation und «Unterschichtung», bei Personen aus Nord- und Westeuropa sowie Angehörigen der zweiten Generation findet sich das Muster der Selbstständigkeit als «Überschichtung». Diese Unterschiede widerspiegeln die Heterogenität der Population der Migrantinnen/-innen in der Schweiz. Sie weisen darauf hin, dass der Einwanderungszeitpunkt und damit das «Alter» einer «Community», aber auch Einwanderungsmotive und strukturelle Merkmale der Migrantinnen/-innen einen wichtigen Einfluss darauf haben, welches Muster wirksam wird. Anhand biografischer Interviews wurde rekonstruiert, wie im Einzelfall Integrations- und Ausschlussprozesse verlaufen und welche Bedeutung dabei den individuellen Ressourcen der Befragten zukommt. Insgesamt kann festgehalten werden, dass sich in der Schweiz vorwiegend diejenigen Migrantinnen/-innen selbstständig machen, die im Vergleich zu anderen Migrantinnen/-innen über mehr Ressourcen verfügen. Soziales Kapital in Form «schweizerischer Ressourcen» und biografisches Kapital als Summe aufgeschichteter Erfahrungen sind für den Schritt in die Selbstständigkeit ebenso bedeutsam wie kulturelles und ökonomisches Kapital.

Soziale Beziehungen zu Schweizern/-innen haben sich in allen drei Teilprojekten als entscheidend für den Schritt in die Selbstständigkeit erwiesen. Die hohe Relevanz dieser «schweizerischen» Ressourcen und die eher geringe Bedeutung dessen, was üblicherweise «ethnische» Ressource genannt wird, sind überraschend und stehen im Widerspruch zu Forschungsergebnissen aus anderen Ländern. Dieses Resultat zeigt, dass in der Schweiz keine «ethnische Ökonomie» wie etwa in den USA oder Kanada existiert. Dies kann damit erklärt werden, dass hierzulande bis anhin institutionelle Hürden den Weg in die Selbstständigkeit für Migrantinnen/-innen erschweren und schweizerische Ressourcen hilfreich und notwendig sind, um diese Hürden zu überwinden.

Des Weiteren konnte nachgewiesen werden, dass selbstständig erwerbstätige Migrantinnen/-innen durch ihre unternehmerische Tätigkeit eine wichtige Rolle in Integrationsprozessen übernehmen und gewissermassen als Scharnier zwischen «Etablierten» und «Aussenseitern» fungieren. Die Unternehmerinnen/-innen unterhalten einerseits Kontakte zu «etablierten» Schweizern/-innen und andererseits Beziehungen zu vielen anderen Migrantinnen/-innen, die über weniger Ressourcen verfügen als sie selbst und zu einem späteren Zeitpunkt in die Schweiz migriert sind. Als Arbeitgeberinnen/-innen stellen die selbstständig erwerbstätigen Migrantinnen/-innen Arbeitsplätze zur Verfügung und ermöglichen damit Personen ihrer eigenen Herkunftsgruppe, die auf dem «offenen» Arbeitsmarkt nur geringe Chancen haben, eine Existenzsicherung.

Festhalten lässt sich schliesslich, dass in allen drei Teilprojekten Unterschiede nach Geschlecht und Generationenzugehörigkeit nachgewiesen werden konnten. So wählen Frauen – anders als Männer – die Selbstständigkeit oft deshalb, weil sie Beruf und Familie besser vereinbaren möchten. Zudem zeigen die Auswertungen, dass die geschlechtsspezifische Segregation bei selbstständig Erwerbstätigen unterschiedlich stark ausgeprägt ist: Während sie in unteren Positionen des sozialen Raums unter den Selbstständigen geringer ist als unter den Angestellten, ist es in oberen Positionen genau umgekehrt. Was Unterschiede in der Selbstständigkeit nach Generationenzugehörigkeit anbelangt, zeigen die Ergebnisse, dass die Kinder der ehemaligen Gastarbeiter sich in anderen Bereichen selbstständig machen als die Generation ihrer Eltern. Sie finden sich vermehrt in Branchen wie etwa der Informatik, die eine hohe Ausbildung erfordern und prestigeträchtiger sind als die Bereiche, in welchen die erste Generation tätig ist. Angehörige der zweiten Generation unterhalten erwartungsgemäss auch mehr Kontakte zu Schweizern/-innen als ihre Eltern. Gleichzeitig greifen sie für die Vermarktung ihrer unternehmerischen Tätigkeit gerne auf «Ethnizität» als Symbol und kulturelles Kapital zurück.

#### **Projektverantwortliche**

Prof. Christian Suter  
Institut de sociologie, Université de Neuchâtel  
Faubourg de l'Hôpital 27, 2000 Neuchâtel  
Tel. +41 (0)32 718 14 14, christian.suter@unine.ch

Prof. Renate Schubert  
Institut für Umweltentscheidungen ETH Zürich  
ETH-Zentrum, WEH, 8092 Zürich  
Tel. +41 (0)44 632 47 17, schubert@wif.gess.ethz.ch

Dr. Anne Juhasz  
Soziologisches Institut, Universität Zürich  
Andreasstrasse 15, 8050 Zürich  
Tel. +41 (0)44 635 23 71, juhasz@soziologie.uzh.ch

### **Forschungsprojekte des NFP 51 mit migrations-spezifischen Fragestellungen**

#### **Trägt die interkulturelle Mediation zur Inklusion bei? Strategie und Praxis im Vergleich zwischen den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Soziales und Justiz**

Projektverantwortlicher: Dr. Alexander Bischoff  
Institut für Pflegewissenschaft, Universität Basel,  
Bernoullistrasse 28, 4056 Basel  
Tel. +41 (0)61 267 09 54  
alexander.bischoff@unibas.ch

#### **Soziale Integration und Ausschluss von Immigrantinnen in der Schweiz**

Projektverantwortliche: Dr. Yvonne Riaño  
Geographisches Institut, Universität Bern,  
Hallerstrasse 12, 3012 Bern  
Tel. +41 (0)31 631 88 64  
riano@giub.unibe.ch

#### **Die Möglichkeiten der sozialen Sicherheit bei der Integration von Ausländerinnen und Ausländern**

Projektverantwortlicher: Dr. Stefan Spycher  
Schweizerisches Gesundheitsobservatorium,  
Espace de l'Europe 10, 2010 Neuchâtel  
Tel. +41 (0)32 713 62 93  
stefan.spycher@bfs.admin.ch

#### **Der Weg zur Integration? Die Rolle der selbstständigen Erwerbstätigkeit von Migrantinnen und Migranten in der Schweiz (Ethnic Business)**

Projektverantwortlicher: Prof. Christian Suter  
Institut de sociologie, Université de Neuchâtel,  
Faubourg de l'Hôpital 27, 2000 Neuchâtel  
Tel. +41 (0)32 718 14 14  
christian.suter@unine.ch

#### **Die Staatsbürgerschaft zwischen Konzepten des Nationalen und Ordnung des Sozialen: Aufnahme- und Ausschlusskriterien des «Schweizer Bürgerrechts» von 1874 bis zur Gegenwart**

Projektverantwortliche: Prof. Brigitte Studer  
Historisches Institut, Universität Bern,  
Länggassstrasse 49, 3000 Bern 9  
Tel. +41 (0)31 631 39 45  
brigitte.studer@hist.unibe.ch

#### **Ausländerinnen und Ausländer im geschlossenen Strafvollzug: Sicherheit und Resozialisierung vor dem Hintergrund nationaler Gesetzgebungen, fremdenpolizeilicher Massnahmen und der Zunahme transnationaler Mobilität**

Projektverantwortlicher: Prof. Hans-Rudolf Wicker  
Institut für Ethnologie, Universität Bern,  
Länggassstrasse 49a, 3000 Bern 9  
Tel. +41 (0)31 631 89 95  
hans-rudolf.wicker@ethno.unibe.ch

### **Forschungsprojekte im NFP 51 mit migrations-spezifischen Teilanalysen**

#### **Integration und Ausschluss im Kontext von Raumstruktur, Raumwahrnehmung und Raumnutzung**

Projektverantwortliche: Dr. Rosmarie Anzenberger  
Institut der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde, Spalenvorstadt 2, Postfach, 4001 Basel  
Tel. +41 (0)61 267 11 63  
rosmarie.anzenberger@volkskunde.ch

#### **Zugangsschranken zum Gesundheitssystem und Ausgrenzung – eine vergleichende Studie zu den Strategien zur Verbesserung des Zugangs zum Gesundheitswesen und zur Bekämpfung der sozialen Benachteiligung in europäischen Städten**

Projektverantwortlicher: Prof. Sandro Cattacin  
Département de Sociologie, Université de Genève,  
40, Boulevard du Pont-d'Arve, 1211 Genève 4  
Tel. +41 (0)21 694 06 00  
sandro.cattacin@unige.ch

### **Lehrlingsselektion in kleinen und mittleren Betrieben (KMU) – Integration und Ausschluss beim Übergang von der Schule in die Berufslehre**

Projektverantwortlicher: Prof. Urs Haebelin  
Heilpädagogisches Institut, Universität Freiburg,  
Petrus-Kanisius-Gasse 21, 1700 Freiburg  
Tel. +41 (0)26 300 77 05  
urs.haebelin@unifr.ch  
www.lehrlingsselektion.info

### **Integrations- und Ausgrenzungsmechanismen in Arbeit und Beruf in einem sich wandelnden wirtschaftlichen und sozialen Umfeld**

Projektverantwortlicher: Prof. François Hainard  
Institut de sociologie et de sciences politiques,  
Université de Neuchâtel, Faubourg de l'Hôpital 27,  
2000 Neuchâtel  
Tel. +41 (0)32 718 14 25  
francois.hainard@unine.ch

### **Normalarbeitsverhältnis und atypische Erwerbsformen – Integrations- und Ausschlusswirkungen des Arbeitsrechts**

Projektverantwortlicher: Prof. Michael Nollert  
Departement für Sozialarbeit und Sozialpolitik,  
Route de Bonnesfontaines 11, 1700 Freiburg  
Tel. +41 (0)26 300 77 96  
michael.nollert@unifr.ch

### **Integration und Ausschluss durch Bilder des anderen**

Projektverantwortliche: Prof. Sabine Maasen  
Wissenschaftsforschung, Universität Basel,  
Missionsstrasse 21, 4003 Basel  
Tel. +41 (0)61 260 21 99  
sabine.maasen@unibas.ch

### **Integrations- und Ausschlussprozesse bei Jugendlichen in Ausbildungsgruppen**

Projektverantwortliche: Dr. Johanna Rolshoven  
ETH-Wohnforum/Centre for Cultural Studies  
in Architecture, Departement Architektur ETH,  
Hönggerberg HIL G 65.1, 8093 Zürich  
Tel. +41 (0)44 633 39 87  
rolshoven@arch.ethz.ch

## **Thematische Publikationen des NFP 51**

Das NFP 51 plant im Jahr 2007 *fünf thematische Publikationen*, die als broschiierte Bücher im Seismo Verlag, Zürich, erscheinen. Die Beiträge der Forschenden und der Gastautorinnen und -autoren werden in der Originalsprache mit einer Zusammenfassung in der jeweils anderen Sprache (D oder F) publiziert.

*Oktober 2007*

### **Pflege, Stigmatisierung und Eugenik. Integration und Ausschluss in Medizin, Psychiatrie und Sozialhilfe**



Die Autoren/-innen befassen sich mit der medizinischen, psychiatrischen und fürsorgerischen Praxis in der Schweiz und untersuchen die integrierenden oder ausschliessenden Wirkungen von Interventionen. Exemplarisch zeigen sie an spezifischen therapeutischen und fürsorgerischen Massnahmen, wie diese von geschlechtsspezifischen und disziplinierenden Ordnungsvorstellungen geprägt werden. In aktueller Perspektive werden Umgang mit Stigma bei psychischer Krankheit, ethische Kontrolle bei der Pränataldiagnostik und die rechtliche Gleichstellung von Behinderten diskutiert.

Autoren/-innen: Sabine Braunschweig, Gabriela Imboden, Hans Jakob Ritter, Regina Wecker, Bernhard Küchenhoff, Roswitha Dubach, Béatrice Ziegler,

Gisela Hauss, Andrea Kaufmann, Guadench Dazzi, Christoph Keller, Ruth Baumann-Hölzle, Denise Hürlimann, Daniel Sollberger, Mara Byland, Géraldine Widmer.

Gastautorinnen: Caroline Hess-Klein, Egalité Handicap, und Regula Mader, Regierungsstatthalterin des Amtsbezirks Bern.

*Oktober 2007*

### **Arbeitswelten.**

### **Integrationschancen und Ausschlussrisiken**



Drei Aspekte stehen im Zentrum dieser Publikation: (1) der Zusammenhang von beruflicher und sozialer Integration, (2) die Handlungsfähigkeit von Arbeitnehmern/-innen, insbesondere von prekär Beschäftigten und Migranten/-innen, angesichts ihrer Situation auf dem Arbeitsmarkt sowie (3) die Wirkung von Normen und institutionellen Angeboten, welche sowohl die Existenzsicherung als auch die Reintegration von Erwerbslosen zum Ziel haben.

Autoren/-innen: Pascale Gazareth, Malika Wyss und Katia Iglesias, Anne Juhasz, Raphaela Hettlage, Bernhard Soland, Renate Schubert, Christian Suter, Yvonne Riaño, Nadia Baghdadi, Luc Vodooz, Barbara Pfister Giauque, Michael Nollert, Alessandro Pelizzari, Peter Böhringer und Sandra Contzen, Eva Nadai, Christoph Mäder, Chantal Magnin, Stefan Spycher, Theres Egger.

Gespräch mit Thomas Daum, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, und Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

*Oktober 2007*

### **Auswählen und ausgewählt werden.**

### **Integration und Ausschluss von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Schule und Beruf**



Die Autoren/-innen analysieren eine Reihe von Mechanismen und Dynamiken während der Schulzeit, während des Übergangs von der Schule zur Berufsausbildung und bei den ersten Erfahrungen in der Arbeitswelt unter dem Aspekt ihres integrativen Potenzials und möglicher ausschliessender Wirkungen. Autoren/-innen: Christopher Szaday, Mauro Amiguet, David Muheim, Sibylle Brändli, Michaela Heid, Christian Imdorf, Simone Suter.

Gastautorinnen: Belinda Walther, Generalsekretariat des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements; Dominique Chautems Leurs, Le Point, Département de l'instruction publique de Genève.

*März 2008*

### **Integration und Ausschluss in der Sozialen Arbeit**

*April 2008*

### **Integration und Ausschluss aufgrund von Verwaltungshandeln und Aktenführung**

Mehr Informationen finden Sie in der Ausgabe Nr. 6 des Bulletins NFP 51, das im November 2007 erscheint.



# Praxisveranstaltungen des NFP 51

## **Akten anlegen und nutzen: Integrations- und Ausschlussprozesse – Umgang mit Akten in Vergangenheit und Gegenwart**

Mittwoch, 12. September 2007, 13.30 – 18.00 Uhr,  
Hotel Elite, Bahnhofstrasse 14, 2500 Biel

In praktisch allen Bereichen der Verwaltung und der Gesellschaft werden Akten angelegt und geführt. Damit sind immer auch vielfältige Wirkungen auf die darin erfassten und davon betroffenen Personen verbunden. Bisher wurde der Frage nach den Folgen und insbesondere nach den damit verbundenen Integrations- und Ausschlussprozessen kaum nachgegangen. Fachleute aus verschiedenen Bereichen wie Archivwesen, Staatsrecht, Medizin und Politik nehmen an der Tagung Stellung zur Frage der Integrations- und Ausschlussprozesse durch Aktenführung. Forschende des NFP 51 präsentieren ihre Resultate aus unterschiedlichen Perspektiven und in historischen wie gegenwartsbezogenen Kontexten.

### **Programm**

#### **13.30 Eröffnung**

Dr. Laura von Mandach, wissenschaftliche Koordinatorin NFP 51  
Prof. Walter Leimgruber, Seminar für Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie der Universität Basel und Mitglied der Leitungsgruppe NFP 51

#### **13.45 Akten und Archive**

Impulsreferat von Andreas Kellerhals, lic. phil., Direktor Schweizerisches Bundesarchiv, Bern

#### **14.05 Staats- und verfassungsrechtliche Betrachtungen**

Impulsreferat von Dr. Stephan C. Brunner, wissenschaftlicher Mitarbeiter Bundesamt für Justiz, Bern

#### **14.25 Kommentar**

Prof. Brigitte Studer, Historisches Institut der Universität Bern

#### **14.35 Diskussion**

#### **14.50 Aktenführung und Stigmatisierung am Beispiel der Aktion «Kinder der Landstrasse»**

Dr. Thomas Meier, Beratungsstelle für Landesgeschichte, Zug

#### **15.05 Aktenführung und -nutzung in der Psychiatrie**

Dr. Marietta Meier, Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich

#### **15.20 Pause**

- 15.40 Eugenik in Psychiatrie- und Verwaltungsakten**  
Gabriela Imboden, lic. phil., und Dr. Hans Jakob Ritter, Historisches Seminar der Universität Basel
- 15.55 Aktenführung und -umgang bei Personen mit Krankheitsveranlagungen und Fertilitätsstörungen**  
Prof. Hans-Jakob Müller, Abteilung Medizinische Genetik, Universitätskinderklinik beider Basel
- 16.10 Kommentar**  
Prof. Véronique Mottier, Université de Lausanne und University of Cambridge sowie Mitglied der Leitungsgruppe NFP 51
- 16.20 Geschlechtsspezifische Merkmale der Aktenführung**  
Dr. Brigitte Schnegg, Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung, Universität Bern
- 16.35 Praxis der Aktenführung in der Sozialhilfeberatung**  
Prof. Laurence Ossipow, HES-SO, Haute Ecole de Travail Social, Genève, Isabelle Csupor, lic. phil., Hospice général de Genève
- 16.50 Diskussion**
- 17.10 Vom Praktiker zum Politiker: ein Erfahrungsbericht**  
Regierungsrat Dr. med. Philippe Perrenoud, Vorsteher Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern
- 17.25 Tagungskommentar**  
Prof. Jakob Tanner, Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich
- 17.45 Ende der Veranstaltung**

#### **Moderation**

Dr. Claudia Kaufmann, Ombudsfrau der Stadt Zürich und Mitglied der Leitungsgruppe NFP 51

Wegen der beschränkten Anzahl Plätze ist eine Anmeldung bis spätestens Donnerstag, 30. August 2007, erforderlich. Anmeldung online unter: [www.npf51.ch](http://www.npf51.ch)

#### **Weitere Informationen**

Dr. Laura von Mandach, wissenschaftliche Koordinatorin NFP 51, SNF, Wildhainweg 20, Postfach 8283, 3001 Bern, Telefon 079 293 97 84  
[lvonmandach@snf.ch](mailto:lvonmandach@snf.ch)

#### **Praxisveranstaltung im November 2007**

«Integration und Ausschluss in Sozialhilfe und Sozialpolitik»  
Donnerstag, 8. November 2007, Bern, Grosser Plenarsaal,  
Schweizerischer Nationalfonds, Wildhainweg 21, 3001 Bern.

## Rückblick auf die Praxis- veranstaltung vom 23. Mai 2007 in Bern

**Die Staatsbürgerschaft in der Schweiz. Präsentation der Resultate einer historischen Studie zu den Aufnahme- und Ausschlusskriterien des Schweizer Bürgerrechts sowie einer Studie zur aktuellen Einbürgerungspraxis in Schweizer Gemeinden.**

*Auf Einladung des NFP 51 und der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA) trafen sich am 23. Mai rund 100 Einbürgerungsverantwortliche des Bundes, der Kantone und der Gemeinden in Bern erstmals zu einer gemeinsamen Veranstaltung. Forschende verschiedener Universitäten und Disziplinen legten ihre Resultate zur Diskussion vor. Die Folgerungen waren eindeutig: Die Politik sollte die Einbürgerungsverfahren dringend straffen und vereinheitlichen, um innerhalb der ausländischen Bevölkerung mehr Chancengleichheit zu schaffen.*

Wer sich in der Schweiz im ordentlichen Verfahren einbürgern lassen will, braucht vorgängig das Bürgerrecht einer Gemeinde und eines Kantons. Dieses Verfahren geriet in den vergangenen Jahren verschiedentlich ins Kreuzfeuer der Kritik. Wie aber wurde und wird in der Schweiz eingebürgert? Dieser Frage gingen im Rahmen NFP 51 verschiedene Forschungsvorhaben nach. Die Ergebnisse ausgewählter Projekte waren Gegenstand einer Tagung, die am 23. Mai in Bern stattfand. Obwohl Bund, Kantone und Gemeinden das Einbürgerungsverfahren miteinander gestalten, war es das erste Mal, dass Einbürgerungsverantwortliche aller drei staatlichen Ebenen gemeinsam tagten.

Brigitte Studer, Gérard Arlettaz und ihr Forschungsteam vom Historischen Institut der Universität Bern untersuchten die Aufnahme- und Ausschlusskriterien des Schweizer Bürgerrechts von 1874 bis zur Gegenwart. Marc Helbling vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich wählte in seinem Projekt ein vergleichendes Vorgehen. In einem ersten Schritt befragte er 207 Gemeinden über ihr gegenwärtiges Einbürgerungsverfahren, danach führte er in ausgewählten Gemeinden Fallstudien durch. Florence Passy vom Politologischen Institut der Universität Lausanne

untersuchte mit einer Forschungsgruppe in ausgewählten europäischen Ländern den Zusammenhang zwischen dem Bürgerrechtssystem und der politischen Integration der ausländischen Bevölkerung. Im Zentrum stand die Frage, wie Zugewanderte ihre Interessen artikulieren und von welchen politischen Kräften sie hierbei unterstützt werden. Die zahlreichen Diskussionsbeiträge der Einbürgerungsfachleute zeigten auf, wie unterschiedlich in der Schweiz je nach Kanton und Gemeinde eingebürgert wird und wie kontrovers die Ansichten darüber sind, was am jetzigen System geändert werden müsste und was geändert werden kann. Mehrere Fachleute hätten gerne einheitliche Richtlinien beziehungsweise klare Kriterien zur Verfügung, um Gesuche zu beurteilen. Die ebenfalls geäusserte Forderung, den Einbürgerungsentscheid überall derselben Instanz zu übertragen, stiess auf Widerspruch. Grosse Zweifel haben jedoch fast alle, dass der helvetische Föderalismus und das Drei-Ebenen-System bei der Einbürgerung überhaupt wesentliche Neuerungen zulassen.

Die Forschenden hingegen sind sich in ihren Empfehlungen einig: Ein transparentes und faires Einbürgerungssystem fördert die Integration der ausländischen Bevölkerung. Aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit und der Chancengleichheit sollte das Verfahren gestrafft und erleichtert werden. Bei der Einbürgerung müsste in allen Kantonen mit gleichen Ellen gemessen werden. Zudem sollte die Gesetzgebung den Kantonen nicht nur das Verfahren, sondern auch die Verantwortung für den Einbürgerungsentscheid übertragen. Die EKA sieht in den Forschungsergebnissen eine Bestätigung ihrer bisherigen Stossrichtung. Sie tritt für eine Vereinheitlichung der Verfahren ein, sodass Einbürgerungswillige mit vergleichbaren Voraussetzungen überall die gleichen Chancen haben, und ruft dazu auf, Fragen zur Einbürgerung mit nüchternem Sachverstand zu diskutieren. Einbürgerungen eigneten sich nicht dazu, gesellschaftliche Interessenkonflikte auszutragen.

**Informationen unter**  
[www.eka-cfe.ch](http://www.eka-cfe.ch) und [www.nfp51.ch](http://www.nfp51.ch)

## Literaturhinweise

Zusammengestellt von Dr. Laura von Mandach,  
wissenschaftlicher Koordinatorin NFP 51 (Stand: Ende Mai 2007)

**Astier Isabelle. Les nouvelles règles du social.**

Collection: le Lien social. Paris: PUF, 2007

**Böhnke Petra. Am Rande der Gesellschaft – Risiken sozialer Ausgrenzung.**

Opladen: Verlag Barbara Budrich, 2006

**Boillat Valérie (Hg). Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichte.**

Zürich: Rotbuchverlag, 2006

**Bude Heinz, Willisch Andreas (Hg). Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige.**

Hamburg: Hamburger Edition, 2006

**Caduff Raymond. Schweizer Sozialhilfe auf dem Prüfstand.** Zürich: Rüegger, 2007

**Caritas (Hg). Sozialalmanach. Das Caritas-Jahrbuch zur sozialen Lage der Schweiz. Schwerpunkt: Eigenverantwortung.** Luzern: Caritas, 2007

**Chaponnière Martina, Flückiger Yves, Hotz-Hart Beat, Osterwalder Fritz, Sheldon George, Weber George (Hg).**

**Bildung und Beschäftigung/Formation et emploi/ Education and occupation. Beiträge der internationalen Konferenz in Bern/Actes de la conférence internationale à Berne.** Reihe: Bildung und Beschäftigung in der Diskussion, NFP 43. Zürich: Rüegger, 2007

**De Jonckheere Claude, Mezzana Sylvie, Molnarfi Camille. Les entreprises sociales d'insertions par l'économie. Des politiques, des pratiques, des personnes et des paradoxes.** Genève: Les éditions ies, 2007

**Eberle Thomas S., Imhof Kurt (Hg). Sonderfall Schweiz.** Zürich: Seismo, 2007

**Kaba Mariama, Nienhaus Agnes, Wolfisberg Carlo (Hg). Behinderung – Handicap. Zeitschrift Traverse 2006.**

Zürich: Chronos

**Lagrange Hugues. L'épreuve des inégalités.** Collection: le Lien social. Paris: PUF, 2007

**Lessenich Stephan, Nullmeier Frank (Hg). Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft.**

Frankfurt/a. M.: Campus, 2006

**Meier Marietta, Bernet Brigitta, Dubach Roswitha, Germann Urs. Zwang zur Ordnung. Psychiatrie im Kanton Zürich, 1870–1970.** Zürich: Chronos, 2007

**Netzwerk Arbeitsmarkt (Hg). Arbeitsmarkt 2010 – Chance für alle? Eine Standortbestimmung zur Arbeitsmarktintegration.** Zürich: Rüegger, 2007

**Paugam Serge (éd). Repenser la solidarité. Les apports des sciences sociales.** Collection: le Lien social. Paris: PUF, 2007

**Schweizerisches Bundesarchiv (Hg). Geschichte der Sozialversicherungen. L'histoire des assurances sociales.** Reihe: Studien + Quellen, Band 31. Zürich: Chronos, 2007

**von Mohr Katrin. Soziale Exklusion im Wohlfahrtsstaat. Arbeitslosensicherung und Sozialhilfe in Großbritannien und Deutschland.** Wiesbaden: VS Verlag, 2007



### Impressum

«Bulletin NFP 51» – aktuelle Informationen zum Nationalen Forschungsprogramm NFP 51 «Integration und Ausschluss», Ausgabe Nr. 5, Juli 2007

#### Herausgeberin

Leitungsgruppe des NFP 51, Schweizerischer Nationalfonds (SNF), Postfach, 3001 Bern  
www.nfp51.ch

#### Redaktion

Wolfgang Wettstein, Umsetzungsbeauftragter  
NFP 51, Forchstrasse 70, 8008 Zürich  
Tel. +41 (0)44 420 18 60, Fax +41 (0)44 420 18 61  
wwettstein@access.ch

#### Gestaltung

Atelier Richner, Bern, www.atelierrichner.ch

#### Druck

Rickli+Wyss AG, Bern, www.rlw.ch  
Papier: Superset Snow, chlorfrei gebleicht, 100 gm<sup>2</sup>

Auflage D/F: 3000 Ex.

Die Ausgabe Nr. 6 erscheint im November 2007.  
Redaktionsschluss: Ende September 2007.